

Protokoll 60. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 13. September 2023, 17.00 Uhr bis 19.59 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsidentin Sofia Karakostas (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Anwesend: 115 Mitglieder

Abwesend: Sandra Gallizzi (EVP), Thomas Hofstetter (FDP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Serap Kahriman (GLP), Andreas Kirstein (AL), Albert Leiser (FDP), Yves Peier (SVP), Carla Reinhard (GLP), Roger Suter (FDP), Dominik Waser (Grüne)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|-----------------|--|------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2023/316 * | Weisung vom 28.06.2023: Amt für Städtebau, Zustimmung zum «Masterplan Seeufer Wollishofen», Zürich-Wollishofen, Kreis 2, und Abschreibung Dringliche Motion GR Nr. 2019/44 von Gabriele Kisker und Luca Maggi betreffend die Gebietsplanung rund um die Rote Fabrik unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Stadtbevölkerung nach Erholung, Freiraum und preisgünstigem Wohnraum | VHB VTE |
| 3. | 2023/405 * | Weisung vom 30.08.2023: Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan «Areal VZA1», Zürich Altstetten, Kreis 9 | VHB |
| 4. | 2023/406 * | Weisung vom 30.08.2023: Stadtkanzlei, Verordnung über die Gebühren in Bürgerrechtsverfahren (VGBü), Neuerlass | STP |
| 5. | 2023/424 * | Weisung vom 06.09.2023: Finanzverwaltung, Nachtragskredite II. Serie 2023 | STR |
| 6. | 2023/407 * E | Motion der AL-Fraktion vom 30.08.2023: Zuweisung der Entschädigungen aus Mandaten des Stadtrats an die Stadtkasse, Anpassung der Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD) | FV |

| | | | | |
|-----|----------|--------|---|-----|
| 7. | 2023/409 | * E | Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 30.08.2023: Schulareal «Im Herrlig», Bereitstellung einer öffentlichen Toilette im Zusammenhang mit dem geplanten Quartierpark | VHB |
| 8. | 2023/410 | * E | Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Yves Henz (Grüne) vom 30.08.2023: Erweiterungsbau auf der Schulanlage Vogtsrain, Einbau einer Küche mit einem hohen Produktionsanteil | VSS |
| 9. | 2023/411 | * E | Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Yves Henz (Grüne) vom 30.08.2023: Neubau und Erweiterung von Schulanlagen, Einbau von Küchen mit einem hohen Produktionsanteil | VSS |
| 10. | 2023/412 | * E | Postulat von Carla Reinhard (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 30.08.2023: Neue Velostandards, baulich abgetrennte Velowege als bevorzugte Veloführung | VTE |
| 11. | 2023/413 | * E | Postulat von Carla Reinhard (GLP) und Sanija Ameti (GLP) vom 30.08.2023: Veloführung bei Haltestellen des öffentlichen Verkehrs mit einem rückwärtigen Radweg statt einer Veloüberfahrt | VTE |
| 12. | 2023/414 | * E | Postulat von Carla Reinhard (GLP) und Guy Krayenbühl (GLP) vom 30.08.2023: Entwicklung eines ganzheitlichen Velokonzepts für die Innenstadt | VTE |
| 13. | 2023/415 | * A | Postulat von Michele Romagnolo (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 30.08.2023: Auflösung der offenen Drogenszene in der Bäckeranlage | VSI |
| 14. | 2023/137 | | Weisung vom 22.03.2023: Stadtkanzlei, Abschreibungsanträge Postulate, Geschäftsjahr 2022 | STR |
| 15. | 2023/201 | | Weisung vom 19.04.2023: Gesundheits- und Umweltdepartement, Volksinitiative «Mehr Alterswohnungen für Zürich (Plus 2000)», Zustimmung | VGU |
| 16. | 2023/237 | | Weisung vom 24.05.2023: Motion von Marion Schmid, Dr. David Garcia Nuñez und 11 Mitunterzeichnenden betreffend Verbesserung der Versorgung von Menschen mit Demenz, Bericht und Abschreibung | VGU |
| 18. | 2022/455 | A/P | Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 21.09.2022: Schaffung von 10 000 öffentlich zugänglichen Veloabstellplätzen und 500 Cargoveloabstellplätzen nach Möglichkeit auf bisherigen Strassen-Autoabstellplätzen | VTE |

20. 2023/12 Interpellation von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Tanja Maag Sturzenegger (AL) vom 11.01.2023: Regeln des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) betreffend berufliche Weiterbildungspflicht für das ärztliche Fachpersonal, Protokollierungspraxis der Weiterbildungsstunden am Stadtspital, Nichterreichen der Soll-Stunden gemäss Weiterbildungsordnung, Beteiligungen der Kliniken sowie Einschätzung der Zuschüsse des Kantons VGU
22. 2023/144 A/P Motion von Reis Luzhnica (SP), Patrick Hässig (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 22.03.2023: Festsetzung eines Vollzeitpensums für die Assistenzärzteschaft in allen städtischen Gesundheitsorganisationen bei 42 Stunden pro Woche und gleichem Lohn VGU
- * Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

Die Ratspräsidentin Sofia Karakostas (SP) gibt die Absetzung von TOP 21, GR Nr. 2023/68, «Postulat von Dominik Waser (Grüne) und Serap Kahriman (GLP) vom 08.02.2023: Abgabe der Personalhäuser beim Triemli für ein Projekt einer klimagerechten Genossenschaft» von der heutigen Tagliste bekannt.

Das Geschäft wird in einer nächsten Sitzung neu traktandiert.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2232. 2023/434 Erklärung der AL-Fraktion vom 13.09.2023: Aufwendiges Antragsprozedere nach Inkraftsetzung der Verordnung über Energiekostenzulagen (VEZ)

Namens der AL-Fraktion verliest Dr. David Garcia Nuñez (AL) folgende Fraktionserklärung:

Energiekostenzulage: Ein Schritt in Richtung sozialer Gerechtigkeit. Wir passen auf bei den unnötigen bürokratischen Hürden!

Für einmal haben am Montag rund 34'000 Stadtzürcher Haushalte zwar dicke, jedoch erfreuliche Post erhalten: Die Information und Antragsformalitäten zur Energiekostenzulage. Die meisten mögen sich an die entsprechende Debatte von April dieses Jahres erinnern, rund 12 Monate nach der Lancierung unseres entsprechenden Postulats.

Die AL freut sich nach wie vor über die Unterstützung für unsere Idee aus den gegnerischen Lagern und vor allem über den zügigen stadträtlichen Ausführungsbeschluss in der Sommerpause, mit Berücksichtigung der Teuerung. Dank dem vollen Teuerungsausgleich auf den gestiegenen Heizkosten können die Betroffenen mit substantziellen Entlastungen ihrer Ausgaben fürs Heizen zwischen 300 und 1500 Franken rechnen:

Für einen 1-Personen Haushalt mit Gasheizung gibt es eine pauschale Zulage von 595 Franken, ein 4-Personen-Haushalt erhält 1309 Franken; wird die Wohnung mit Öl beheizt, sind es 549 respektive 1221 Franken.

Weniger erfreut sind wir über das aufwändige und bürokratische Antragsprozedere. Wer in den Genuss der Zulage kommen will, hat ein vierseitiges Formular mit zahlreichen Fragen auszufüllen sowie diverse Belege einzuscannen und einzuschicken. Die Energiekostenzulage ist an klare Kriterien geknüpft. Bezugsberechtigt sind Menschen, die Prämienverbilligung für die Krankenkasse erhalten, jedoch nur, falls ihre gestiegenen Heizkosten nicht bereits durch Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen gedeckt werden. Für die AL ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Antragsstellenden, die ja wegen ihrer Bezugsberechtigung angeschrieben werden, ihre Berechtigung zusätzlich belegen müssen. Dass die Angeschriebenen auch ihre Heizkostenabrechnung beilegen sollten, dürfte bei einigen zu Herausforderungen führen, da vor allem grössere Verwaltungen die Nebenkostenabrechnung 2022/2023 noch gar nicht verschickt haben. Kommt dazu, dass letzteres weder in der Verordnung noch in den Ausführungsbestimmungen vorgesehen ist und darum jeglicher Rechtsgrundlage entbehrt.

Wir fragen uns, ob hier die Bürokratie oder das Misstrauen gegenüber den Anspruchsberechtigten obsiegt. So wie das Prozedere gewählt ist, besteht wie bei der Prämienverbilligung die Gefahr, dass viele von ihrem Antragsrecht nicht Gebrauch machen. Die AL wird auf jeden Fall mit aktiver Aufklärungsarbeit einen Beitrag dazu leisten, Menschen in der Antragsstellung zu unterstützen und hoffen, dass unsere Mitstreiter: innen dasselbe tun. Von der Stadt erwartet die AL, dass bei Anträgen, angesichts der sehr sportlichen Frist von zwei Wochen, bei unvollständigen Belegen maximale Kulanz – insbesondere hinsichtlich der unnötigen Nebenkostenabrechnungen – gezeigt wird.

G e s c h ä f t e

2233. 2023/316

Weisung vom 28.06.2023:

Amt für Städtebau, Zustimmung zum «Masterplan Seeufer Wollishofen», Zürich-Wollishofen, Kreis 2, und Abschreibung Dringliche Motion GR Nr. 2019/44 von Gabriele Kisker und Luca Maggi betreffend die Gebietsplanung rund um die Rote Fabrik unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Stadtbevölkerung nach Erholung, Freiraum und preisgünstigem Wohnraum

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Zirkularbeschluss der Geschäftsleitung vom 12. September 2023

2234. 2023/405

Weisung vom 30.08.2023:

Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan «Areal VZA1», Zürich Altstetten, Kreis 9

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Zirkularbeschluss der Geschäftsleitung vom 12. September 2023

2235. 2023/406

Weisung vom 30.08.2023:

Stadtkanzlei, Verordnung über die Gebühren in Bürgerrechtsverfahren (VGBü), Neuerlass

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Zirkularbeschluss der Geschäftsleitung vom 12. September 2023

2236. 2023/424**Weisung vom 06.09.2023:
Finanzverwaltung, Nachtragskredite II. Serie 2023**

Zuweisung an die RPK gemäss Zirkularbeschluss der Geschäftsleitung vom 12. September 2023

2237. 2023/407**Motion der AL-Fraktion vom 30.08.2023:
Zuweisung der Entschädigungen aus Mandaten des Stadtrats an die Stadtkasse,
Anpassung der Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von
Drittinstitutionen (VVD)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist die Motion dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2238. 2023/409**Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 30.08.2023:
Schulareal «Im Herrlig», Bereitstellung einer öffentlichen Toilette im Zusammen-
hang mit dem geplanten Quartierpark**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2239. 2023/410**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Yves Henz (Grüne) vom 30.08.2023:
Erweiterungsbau auf der Schulanlage Vogtsrain, Einbau einer Küche mit einem
hohen Produktionsanteil**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2240. 2023/411**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Yves Henz (Grüne) vom 30.08.2023:
Neubau und Erweiterung von Schulanlagen, Einbau von Küchen mit einem hohen
Produktionsanteil**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2241. 2023/412**Postulat von Carla Reinhard (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 30.08.2023:
Neue Velostandards, baulich abgetrennte Velowege als bevorzugte Veloführung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2242. 2023/413**Postulat von Carla Reinhard (GLP) und Sanija Ameti (GLP) vom 30.08.2023:
Veloführung bei Haltestellen des öffentlichen Verkehrs mit einem rückwärtigen
Radweg statt einer Veloüberfahrt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2243. 2023/414**Postulat von Carla Reinhard (GLP) und Guy Krayenbühl (GLP) vom 30.08.2023:
Entwicklung eines ganzheitlichen Velokonzepts für die Innenstadt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2244. 2023/415**Postulat von Michele Romagnolo (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom
30.08.2023:
Auflösung der offenen Drogenszene in der Bäckieranlage**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Michele Romagnolo (SVP) vom 6. September 2023 (vergleiche Beschluss-Nr. 2193/2023)

Die Dringlicherklärung wird von 80 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2245. 2023/137**Weisung vom 22.03.2023:
Stadtkanzlei, Abschreibungsanträge Postulate, Geschäftsjahr 2022**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Die in der Beilage aufgeführten Postulate werden abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Martina Zürcher (FDP), Präsidium

Änderungsantrag 1

Die GPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

2. Präsidialdepartement

| | |
|-----------------|--|
| Postulat GR Nr. | 2018/513 |
| Einreichend | <u>Merkus</u> Markus Merki und Isabel Garcia (beide GLP) |
| Titel | Offenlegung der Leistungsvereinbarung bei der Beratung von subventionsbetreffenden Weisungen in den Spezialkommissionen des Gemeinderats |

Zustimmung: Referat: Martina Zürcher (FDP), Präsidium; Maleica Landolt (GLP), Vizepräsidium; Monika Bättschmann (Grüne), Angelica Eichenberger (SP), Rahel Habegger (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Matthias Probst (Grüne), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)

Abwesend: Sanija Ameti (GLP), Nadia Huberson (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK stillschweigend zu.

Änderungsanträge 2–61

Die GPK beantragt, die nachfolgenden Postulate nicht abzuschreiben:

2. Präsidentialdepartement

| | |
|-----------------|--|
| Postulat GR Nr. | 2014/44 |
| Einreichende | Alecs Recher (AL) |
| Titel | Anonyme Erfassung der Merkmale Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung in Befragungen, bei denen diese Merkmale mutmasslich von Relevanz sind |
| Postulat GR Nr. | 2016/64 |
| Einreichende | Marcel Bührig (Grüne) und Sven Sobernheim (GLP) |
| Titel | Öffentlich betriebene Überwachungskameras, Veröffentlichung der Standorte |
| Postulat GR Nr. | 2017/246 |
| Einreichende | SP- und AL-Fraktion |
| Titel | Escher-Keller-Jubiläum 2019, Förderung der Forschung über die Verwicklung der Familie Escher in die Sklaverei und Sichtbarmachung im Stadtbild |
| Postulat GR Nr. | 2018/261 |
| Einreichende | Christine Seidler und Jean-Daniel Strub (beide SP) |
| Titel | Rahmenkredit zur Stärkung der Partizipation der Quartiere in der Stadtentwicklung |
| Postulat GR Nr. | 2018/240 |
| Einreichende | Andrea Leitner Verhoeven (AL) |
| Titel | Offenlegung der Verbindungen eines Unternehmens zur Sklaverei bei Geschäftsbeziehungen mit der Stadt |
| Postulat GR Nr. | 2019/58 |
| Einreichende | Pirmin Meyer (GLP) und Marcel Tobler (SP) |
| Titel | Standort für den Weiterbetrieb des Impact Hubs zur Förderung in Unternehmerinnen und Unternehmern in Zürich |

3. Finanzdepartement

| | |
|-----------------|--|
| Postulat GR Nr. | 2002/483 |
| Einreichende | Roger Bartholdi und Roger Liebi (beide SVP) |
| Titel | Parkhäuser, Privatisierung |
| Postulat GR Nr. | 2014/22 |
| Einreichende | Michael Baumer (FDP) |
| Titel | Restaurant Belvoir-Park, Verzicht auf den Bau der unterirdischen Anlieferung |

4. Sicherheitsdepartement

| | |
|-----------------|---|
| Postulat GR Nr. | 2003/99 |
| Einreichende | Bernhard im Oberdorf (SVP) |
| Titel | Strassenverkehr, Durchsetzung der Rechtsgleichheit |
| Postulat GR Nr. | 2006/415 |
| Einreichende | Roger Bartholdi (SVP) und Rolf Stucker (SVP) |
| Titel | Velofahrverbot, Durchsetzung in den Fussgängerzonen |

| | |
|--|---|
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2007/106 Bernhard im Oberdorf (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) Veloverkehr, Durchsetzung des Verbots auf Trottoirs |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2010/426 Simon Kälin-Werth (Grüne) Überbauung Stadtraum HB, Benennung eines Maurice-Bavaud-Platzes anstelle des geplanten Le-Corbusier-Platzes |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2017/168 AL-Fraktion Berichterstattung über die Umsetzung der personalpolitischen Ziele des Sicherheitsdepartements (Diversity Management) und über den Gleichstellungsplan der Stadtpolizei |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2017/289 Walter Anken (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) Schutz von öffentlichen Plätzen vor Terroranschlägen mit Fahrzeugen |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2018/377 Luca Maggi (Grüne) und Christina Schiller (AL) Kennzeichnung sämtlicher mobiler und standortgebundener Videoüberwachungskameras |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2019/80 Markus Knauss (Grüne) und Simone Brander (SP) Rahmenkredit für Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen des Strassenlärms |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2019/93 Sven Sobernheim (GLP) und Andri Silberschmidt (FDP) Ausgestaltung der Gebührenregeln für Free-floating Zweiradangebote hinsichtlich eines vielfältigen und effektiv nachgefragten Angebots. |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2019/196 Olivia Romanelli (AL) und Pawel Silberring (SP) Weiterführung der bisherigen Praxis betreffend Erteilung von Tagesbewilligungen für die städtischen Lebensmittelmärkte. |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2019/329 David Garcia Nuñez und Ezgi Akyol (beide AL) Benennung des Parks zwischen der Badener- und Zweierstrasse nach Rosa Luxemburg |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2019/336 GLP-, Grüne- und SP-Fraktionen Vereinfachtes Beantragen von Begegnungszonen durch die Bevölkerung sowie vermehrte Initiierung solcher Zonen durch die Verwaltung |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2019/465 Përparim Avdili (FDP) und Pascal Lamprecht (SP) Verbesserung der Verkehrssicherheit rund um den Farbhof sowie in der Badener- und Dachslerenstrasse |

Postulat GR Nr. 2020/310
 Einreichende Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP)
 Titel Verstärkte Polizeipräsenz zur Erhöhung der Sicherheit im Niederdorf und am Bellevue an den Wochenenden.

Postulat GR Nr. 2020/435
 Einreichende EVP-, GLP-, Grüne und SP-Fraktionen
 Titel Konzept für eine gut sichtbare und intuitiv verständliche Farbgestaltung und Signalisation der Velodirektrouten gemäss Velorouten-Initiative

5. Gesundheits- und Umweltdepartement

Postulat GR Nr. 2020/246
 Einreichende AL-Fraktion
 Titel Schaffung einer hebammengeleiteten Geburtenabteilung

6. Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

Postulat GR Nr. 2003/370
 Einreichende Roger Bartholdi und Bernhard im Oberdorf (beide SVP)
 Titel Velowege, keine Erstellung auf Trottoirs

Postulat GR Nr. 2009/425
 Einreichende SVP-Fraktion
 Titel Sicherstellung der verfügbaren Anzahl Parkplätze gemäss Stand 1990

Postulat GR Nr. 2011/477
 Einreichende Simone Brander (SP)
 Titel Realisierung von Kaphaltestellen und einem Tempo 30-Regime im ganzen QUARZ-Bereich Nordbrücke unter vorläufiger Beibehaltung der heutigen Oberflächengestaltung der Nordbrücke

Postulat GR Nr. 2014/188
 Einreichende Markus Knauss und Gabriele Kisker (beide Grüne)
 Titel Ersatzlose Aufhebung der Parkplätze auf dem Prediger- und dem Zähringerplatz

Postulat GR Nr. 2014/348
 Einreichende Anjushka Früh (SP) und Linda Bär (SP)
 Titel Zusätzliche Recyclingmöglichkeiten für PET und Aluminium in der Innenstadt und an stark frequentierten Orten

Postulat GR Nr. 2015/14
 Einreichende Corinne Schäfli (AL)
 Titel Schneeräumung auf Velowegen

Postulat GR Nr. 2018/205
 Einreichende Balz Bürgisser und Markus Knauss (beide Grüne)
 Titel Ausarbeitung eines neuen Verkehrskonzepts für den Zoo Zürich

Postulat GR Nr. 2019/139
 Einreichende FDP-Fraktion
 Titel Erstellung von Erdsonden unter dem öffentlichen Grund

| | |
|--|--|
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2019/282 Olivia Romanelli (AL), Brigitte Fürer (Grüne) Unterstützung und Förderung der vom Aussterben bedrohten einheimischen Honigbiene (<i>apis mellifera mellifera</i>) |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2019/337 Mathias Egloff und Michael Kraft (beide SP) Installation von Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen über den Klärbecken der ARA Werdhölzli |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2019/530 Florian Utz (SP) und Matthias Probst (Grüne) Prüfung aller Projekte des Tiefbauamts durch eine interne Fachperson Veloverkehr |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2020/70 Olivia Romanelli und David Garcia Nuñez (beide AL) Beschattung der Rathausbrücke in den Sommermonaten |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2020/164 Anjushka Früh und Michel Urben (beide SP) Bericht betreffend Auswertung der 2019 auf der Wehntalerstrasse realisierten Busspuren auf Teilabschnitten |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2020/346 Olivia Romanelli und Natalie Eberle (beide AL) Erlass eines Fahrverbots auf der Zollstrasse, ausser für Zubringer und Anwohnende |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2020/510 Florian Utz (SP) und Selina Walgis (Grüne) Weiterführung der Kunststoff-Sammlung in Höngg und Schwamendingen |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2020/581 Natalie Eberle und Patrik Maillard (beide AL) Ganzjähriger Betrieb des ehemaligen Schützenhauses Seebach nach der Instandsetzung |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2021/4 Simone Brander (SP) und Stephan Iten (SVP) Umgestaltung der Mauer hinter der Bushaltestelle Bahnhof Wipkingen zur besseren Anbindung des Platzes nördlich der Nordbrücke an das Quartierzentrum |

7. Hochbaudepartement

| | |
|--|---|
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2007/381 Christine Seidler und Jacqueline Badran (beide SP) Bau- und Zonenordnung (BZO), Bericht über verschiedene Stadtentwicklungsszenarien |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2013/110 Dr. Richard Wolff (AL), vertreten durch Walter Angst (AL) Kunstsammlung der Stadt, verbesserter Zugang für die Öffentlichkeit |

| | |
|--|--|
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2018/423 Marco Denoth (SP) und Albert Leiser (FDP) Integration der Vernehmlassungsstellen im Baubewilligungsverfahren ins Amt für Baubewilligungen |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2018/482 Walter Anken und Thomas Schwendener (beide SVP) Prüfung einer Miete von nahen Gebäuden als Schulraumersatz vor Neu- oder Erweiterungsbauten von Schulhäusern |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2019/74 AL, Grüne, SP Vereinbarung mit den SBB betreffend Nutzung der Wohnungen auf dem überbauten Teil des Areals an der Neugasse und der Überbauung Röntgenareal als Hauptwohnsitz |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2020/248 Christina Schiller (AL) und Elena Marti (Grüne) Einsparung von 15% der Sanierungskosten bei der Wohnsiedlung Birkenhof |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2021/238 Brigitte Fürer und Jürg Rauser (beide Grüne) Berücksichtigung der Ziele Netto-Null und 2000-Watt-Gesellschaft sowie der 7-Meilenschritte zum umwelt- und energiegerechten Bauen bei der Anmietung von Flächen |

8. Departement der Industriellen Betriebe

| | |
|--|--|
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 1996/100 André Odermatt (SP) und Niklaus Scherr (AL) Pumpspeicherprojekt Grimsel West, Verhinderung weiterer Planung |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2008/144 Mario Mariani (CVP) und Claudia Rabelbauer (EVP) Zollfreilager-Areal Flurstrasse/Rautistrasse, Anbindung an den öffentlichen Verkehr |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2009/322 Christine Seidler und Dorothea Frei (beide SP) Verkehrskonzept für den öffentlichen Verkehr sowie den Fahrrad- und Fussverkehr im Zusammenhang mit der Zooerweiterung |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2010/265 Florian Utz (SP) und Guido Trevisan (GLP) Einführung einer Buslinie auf der Route Hauptbahnhof-Am Wasser-Rüthof |
| Postulat GR Nr. Einreichende Titel | 2017/304 Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Balz Bürgisser (Grüne) Bessere Erschliessung von Witikon mit einer direkten Busverbindung via Zoo zum Bahnhof Stettbach |

Postulat GR Nr. 2017/356
 Einreichende Mathias Egloff (SP) und Ronny Siev (GLP)
 Titel Gestaltung eines Begegnungsorts bei der Tramremise Wartau

Postulat GR Nr. 2019/429
 Einreichende Michel Urben und Florian Blättler (beide SP)
 Titel Wiedereinführung des Verkaufs von SBB-Gemeinde-Tageskarten

9. Schul- und Sportdepartement

Postulat GR Nr. 2015/33
 Einreichende Rosa Maino und Walter Angst (beide AL)
 Titel Pilotprojekt mit gebundenen Tagesschulen, Planung einer stabilen und überschaubaren Mittagsbetreuung für die Kindergarten- und Unterstufenkinder

Postulat GR Nr. 2019/338
 Einreichende Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
 Titel Aufhebung der Autoparkplätze auf den Pausenplätzen der Volksschule

Postulat GR Nr. 2020/388
 Einreichende Yasmine Bourgeois und Michael Schmid (beide FDP)
 Titel Schrittweise Umsetzung einer «Smart School»-Strategie für die Schulen der Stadt

10. Sozialdepartement

Postulat GR Nr. 2019/62
 Einreichende Ernst Danner (EVP) und Christina Schiller (AL)
 Titel Zugang der Kindertagesstätten der Stadt zu einem städtischen Stellenpool für Betreuungskräfte

Postulat GR Nr. 2022/344
 Einreichende Samuel Balsiger und Johann Widmer (beide SVP)
 Titel Unterstützung der von ukrainischen Geflüchteten betriebenen Schule «Mriya» bis zum Ende des russischen Angriffskriegs

Zustimmung: Referat: Martina Zürcher (FDP), Präsidium; Maleica Landolt (GLP), Vizepräsidium; Monika Bättschmann (Grüne), Angelica Eichenberger (SP), Rahel Habegger (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Matthias Probst (Grüne), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)

Abwesend: Sanija Ameti (GLP), Nadia Huberson (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK stillschweigend zu.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die GPK beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 1):

2. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass das Postulat GR Nr. 2020/529 am 5. April 2023 mit der Weisung GR Nr. 2022/586 bereits abgeschrieben wurde.

- Zustimmung: Referat: Martina Zürcher (FDP), Präsidium; Maleica Landolt (GLP), Vizepräsidium; Monika Bättschmann (Grüne), Angelica Eichenberger (SP), Rahel Habegger (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Matthias Probst (Grüne), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)
- Abwesend: Sanija Ameti (GLP), Nadia Huberson (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK stillschweigend zu.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 3

Die GPK beantragt folgende neue Dispositivziffer 3 (Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

3. Dem Gemeinderat wird gemäss GRB 4577/2021 (Ziff. 2) innerhalb einer Frist von drei Monaten ein Bericht zur Erfüllung des nachfolgenden Postulats vorgelegt: GR Nr. 2017/168, AL-Fraktion. Berichterstattung über die Umsetzung der personalpolitischen Ziele des Sicherheitsdepartements (Diversity Management) und über den Gleichstellungsplan der Stadtpolizei

- Zustimmung: Referat: Martina Zürcher (FDP), Präsidium; Maleica Landolt (GLP), Vizepräsidium; Monika Bättschmann (Grüne), Angelica Eichenberger (SP), Rahel Habegger (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Matthias Probst (Grüne), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)
- Abwesend: Sanija Ameti (GLP), Nadia Huberson (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK stillschweigend zu.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 4

Die GPK beantragt folgende neue Dispositivziffer 4 (Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

4. Dem Gemeinderat wird gemäss GRB 2561/2020 innerhalb einer Frist von drei Monaten ein Bericht zur Erfüllung des nachfolgenden Postulats vorgelegt: GR Nr. 2020/164, Anjushka Früh (SP) und Michel Urben (beide SP). Bericht betreffend Auswertung der 2019 auf der Wehntalerstrasse realisierten Busspuren auf Teilabschnitten

- Zustimmung: Referat: Martina Zürcher (FDP), Präsidium; Maleica Landolt (GLP), Vizepräsidium; Monika Bättschmann (Grüne), Angelica Eichenberger (SP), Rahel Habegger (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Matthias Probst (Grüne), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)
- Abwesend: Sanija Ameti (GLP), Nadia Huberson (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1 (bisher Antrag des Stadtrats)

Die GPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Referat: Martina Zürcher (FDP), Präsidium; Maleica Landolt (GLP), Vizepräsidium; Monika Bättschmann (Grüne), Angelica Eichenberger (SP), Rahel Habegger (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Matthias Probst (Grüne), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)
 Abwesend: Sanija Ameti (GLP), Nadia Huberson (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 111 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die neue Dispositivziffer 2

Die GPK beantragt Zustimmung zur neuen Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Martina Zürcher (FDP), Präsidium; Maleica Landolt (GLP), Vizepräsidium; Monika Bättschmann (Grüne), Angelica Eichenberger (SP), Rahel Habegger (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Matthias Probst (Grüne), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)
 Abwesend: Sanija Ameti (GLP), Nadia Huberson (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die neue Dispositivziffer 3

Die GPK beantragt Zustimmung zur neuen Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Referat: Martina Zürcher (FDP), Präsidium; Maleica Landolt (GLP), Vizepräsidium; Monika Bättschmann (Grüne), Angelica Eichenberger (SP), Rahel Habegger (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Matthias Probst (Grüne), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)
 Abwesend: Sanija Ameti (GLP), Nadia Huberson (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die neue Dispositivziffer 4

Die GPK beantragt Zustimmung zur neuen Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Referat: Martina Zürcher (FDP), Präsidium; Maleica Landolt (GLP), Vizepräsidium; Monika Bättschmann (Grüne), Angelica Eichenberger (SP), Rahel Habegger (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Matthias Probst (Grüne), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)
 Abwesend: Sanija Ameti (GLP), Nadia Huberson (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 111 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Die in der Beilage aufgeführten Postulate (mit Änderungen nach Gemeinderatsbeschluss vom 13. September 2023) werden abgeschrieben.
2. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass das Postulat GR Nr. 2020/529 am 5. April 2023 mit der Weisung GR Nr. 2022/586 bereits abgeschrieben wurde.

3. Dem Gemeinderat wird gemäss GRB 4577/2021 (Ziff. 2) innerhalb einer Frist von drei Monaten ein Bericht zur Erfüllung des nachfolgenden Postulats vorgelegt:
GR Nr. 2017/168, AL-Fraktion. Berichterstattung über die Umsetzung der personalpolitischen Ziele des Sicherheitsdepartements (Diversity Management) und über den Gleichstellungsplan der Stadtpolizei
4. Dem Gemeinderat wird gemäss GRB 2561/2020 innerhalb einer Frist von drei Monaten ein Bericht zur Erfüllung des nachfolgenden Postulats vorgelegt:
GR Nr. 2020/164, Anjushka Früh (SP) und Michel Urben (beide SP). Bericht betreffend Auswertung der 2019 auf der Wehntalerstrasse realisierten Busspuren auf Teilabschnitten

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 20. September 2023

2246. 2023/201

Weisung vom 19.04.2023:

Gesundheits- und Umweltdepartement, Volksinitiative «Mehr Alterswohnungen für Zürich (Plus 2000)», Zustimmung

Antrag des Stadtrats

A. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz unter Ausschluss des Referendums:

Der am 4. Januar 2022 eingereichten Volksinitiative «Mehr Alterswohnungen für Zürich (Plus 2000)» wird zugestimmt.

B. Zuhanden der Stimmberechtigten:

Die Gemeindeordnung (AS 101.100) wird wie folgt geändert:

Art. 155 Abs. 2

Um ein an der Nachfrage orientiertes Angebot an Wohnmöglichkeiten für ältere Menschen zu schaffen, wird der Bestand der Alterswohnungen mit Kostenmiete der Stiftung Alterswohnungen und anderer gemeinnütziger Wohnbauträgerinnen oder Wohnbauträger bis 2035 im Vergleich zum Stand vom 31. Dezember 2019 um 2000 erhöht.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Moritz Bögli (AL)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt A

Die SK GUD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt A.

Zustimmung: Referat: Moritz Bögli (AL); Marion Schmid (SP), Präsidium; David Ondraschek (Die Mitte), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Walter Anken (SVP), Nadina Diday (SP), Julia Hofstetter (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Pascal Lamprecht (SP), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Martina Novak (GLP), Dafi Muharemi (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 111 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B

Die SK GUD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B.

Zustimmung: Referat: Moritz Bögli (AL); Marion Schmid (SP), Präsidium; David Ondraschek (Die Mitte), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Walter Anken (SVP), Nadina Diday (SP), Julia Hofstetter (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Pascal Lamprecht (SP), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Martina Novak (GLP), Dafi Muharemi (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

A. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz unter Ausschluss des Referendums:

Der am 4. Januar 2022 eingereichten Volksinitiative «Mehr Alterswohnungen für Zürich (Plus 2000)» wird zugestimmt.

B. Zuhanden der Stimmberechtigten:

Die Gemeindeordnung (AS 101.100) wird wie folgt geändert:

Art. 155 Abs. 2

Um ein an der Nachfrage orientiertes Angebot an Wohnmöglichkeiten für ältere Menschen zu schaffen, wird der Bestand der Alterswohnungen mit Kostenmiete der Stiftung Alterswohnungen und anderer gemeinnütziger Wohnbauträgerinnen oder Wohnbauträger bis 2035 im Vergleich zum Stand vom 31. Dezember 2019 um 2000 erhöht.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 20. September 2023 gemäss § 131 Abs. 1 in Verbindung mit § 155 Gesetz über die politischen Rechte

2247. 2023/237

Weisung vom 24.05.2023:

Motion von Marion Schmid, Dr. David Garcia Nuñez und 11 Mitunterzeichnenden betreffend Verbesserung der Versorgung von Menschen mit Demenz, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Der Bericht über das vierjährige Pilotprojekt zur Verbesserung der Information, Sensibilisierung und Versorgung hinsichtlich Demenz wird zustimmend zur Kenntnis genommen, ebenfalls die Zusicherung des Stadtrats, dem Gemeinderat einen Bericht über die Umsetzung der vierjährigen Pilotphase und allenfalls die notwendigen Beschlüsse zur Überführung in den Regelbetrieb zu unterbreiten.
2. Die Motion, GR Nr. 2020/81, von Marion Schmid (SP), Dr. David Garcia Nuñez (AL) und 11 Mitunterzeichnenden betreffend die Verbesserung der Versorgung von Menschen mit Demenz wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Marion Schmid (SP), Präsidium

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

| | |
|-------------|---|
| Mehrheit: | Referat: Marion Schmid (SP), Präsidium; David Ondraschek (Die Mitte), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Monika Bättschmann (Grüne) i. V. von Julia Hofstetter (Grüne), Flurin Capaul (FDP) i. V. von Thomas Hofstetter (FDP), Nadina Diday (SP), Pascal Lamprecht (SP), Dafi Muharemi (SP), Martina Novak (GLP), Michael Schmid (FDP) i. V. von Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP) |
| Minderheit: | Referat: Walter Anken (SVP) |
| Enthaltung: | Tanja Maag Sturzenegger (AL) i. V. von Moritz Bögli (AL) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

| | |
|-------------|---|
| Zustimmung: | Referat: Marion Schmid (SP), Präsidium; David Ondraschek (Die Mitte), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Walter Anken (SVP), Monika Bättschmann (Grüne) i. V. von Julia Hofstetter (Grüne), Flurin Capaul (FDP) i. V. von Thomas Hofstetter (FDP), Nadina Diday (SP), Pascal Lamprecht (SP), Dafi Muharemi (SP), Martina Novak (GLP), Michael Schmid (FDP) i. V. von Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP) |
| Enthaltung: | Tanja Maag Sturzenegger (AL) i. V. von Moritz Bögli (AL) |

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Der Bericht über das vierjährige Pilotprojekt zur Verbesserung der Information, Sensibilisierung und Versorgung hinsichtlich Demenz wird zustimmend zur Kenntnis genommen, ebenfalls die Zusicherung des Stadtrats, dem Gemeinderat einen Bericht über die Umsetzung der vierjährigen Pilotphase und allenfalls die notwendigen Beschlüsse zur Überführung in den Regelbetrieb zu unterbreiten.
2. Die Motion, GR Nr. 2020/81, von Marion Schmid (SP), Dr. David Garcia Nuñez (AL) und 11 Mitunterzeichnenden betreffend die Verbesserung der Versorgung von Menschen mit Demenz wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 20. September 2023

Die Ratspräsidentin Sofia Karakostas (SP) gibt die Absetzung von TOP 17, GR Nr. 2022/441, «Motion von Andreas Kirstein (AL), Albert Leiser (FDP) und 30 Mitunterzeichnenden vom 14.09.2022: Einführung eines Einheitstarifs für den Anschluss und Bezug von Fernwärme gemäss Energieplan» von der heutigen Tagliste bekannt.

Das Geschäft wird in einer nächsten Sitzung neu traktandiert.

2248. 2022/455

**Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 21.09.2022:
Schaffung von 10 000 öffentlich zugänglichen Veloabstellplätzen und 500 Cargo-veloabstellplätzen nach Möglichkeit auf bisherigen Strassen-Autoabstellplätzen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Anna Graff (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 664/2022).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Martin Busekros (Grüne) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 59 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Ratspräsidentin Sofia Karakostas (SP) gibt die Absetzung von TOP 19, GR Nr. 2022/570, «Postulat von Anna Graff (SP), Dr. Florian Blättler (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 16.11.2022: Unterstützung von Privaten zur Installation von CO₂-Messgeräten, Luftfiltern und viren-inaktivierenden Verfahren in stark frequentierten öffentlichen Räumen» von der heutigen Tagliste bekannt.

Das Geschäft wird in einer nächsten Sitzung neu traktandiert.

2249. 2023/12

Interpellation von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Tanja Maag Sturzenegger (AL) vom 11.01.2023:

Regeln des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) betreffend berufliche Weiterbildungspflicht für das ärztliche Fachpersonal, Protokollierungspraxis der Weiterbildungsstunden am Stadtspital, Nichterrechung der Soll-Stunden gemäss Weiterbildungsordnung, Beteiligungen der Kliniken sowie Einschätzung der Zuschüsse des Kantons

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1857 vom 28. Juni 2023).

Dr. David Garcia Nuñez (AL) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

2250. 2023/144

Motion von Reis Luzhnica (SP), Patrick Hässig (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 22.03.2023:

Festsetzung eines Vollzeitpensums für die Assistenzärzteschaft in allen städtischen Gesundheitsorganisationen bei 42 Stunden pro Woche und gleichem Lohn

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Reis Luzhnica (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1577/2023).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Reis Luzhnica (SP) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 66 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2251. 2023/435

**Postulat von Rahel Habegger (SP) und Dr. Florian Blättler (SP) vom 13.09.2023:
Entwicklung einer Strategie zum Umgang mit KI-Systemen (Künstliche Intelligenz)
an den Schulen**

Von Rahel Habegger (SP) und Dr. Florian Blättler (SP) ist am 13. September 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie eine Strategie zum Umgang mit KI-Systemen an Schulen entwickelt werden kann. Die Strategie soll den ethisch-bewussten Umgang mit KI-Systemen und das technische Know-How zu diesen an Schulen gewährleisten und sowohl die Grundlage für Weiterbildungsangebote bilden als auch die Medienkompetenz von Schüler*innen und Lehrpersonen fördern.

Begründung:

Auf Künstlicher Intelligenz (KI) basierende Systeme sind in der Lage, Texte, Bilder und Videos in einer Qualität zu erzeugen, bei der oftmals nicht zu erkennen ist, ob die vorliegende Text-, Bild- oder Video-Produktion maschinell aufgrund von Trainingsdaten und statistischer Wahrscheinlichkeit oder von menschlicher Hand erstellt wurde beziehungsweise es sich um eine Aufnahme handelt. Spätestens seitdem Ende November 2022 die Textgenerierungs-KI ChatGPT veröffentlicht wurde und in einer kostenlosen Version frei zugänglich ist, gibt es einen grossen Informationsbedarf zu Funktionsweise, Chancen und Risiken des

Einsatzes von KI. Die Auswirkungen von KI auf Lernen und Lehren sind derzeit nicht absehbar. Klar ist jedoch, dass KI-Systeme die gesamte Schulgemeinschaft ab sofort und dauerhaft begleiten werden.

Zur bestmöglichen Unterstützung der Lehrpersonen soll eine umfassende Handreichung zum souveränen und ethisch-bewussten Umgang mit möglichen Risiken und Konsequenzen von KI-Systemen in der Schule erarbeitet werden. KI-Systeme werden sich fortwährend weiterentwickeln und erfordern eine entsprechende Handlungskompetenz für den angemessenen Umgang mit diesen. Dazu gehört neben Kenntnis der Verwendungsmöglichkeiten auch das Wissen um die technischen Kapazitäten und um mögliche systematische Verzerrungen. Entsprechend von Bedeutung ist daher die Schulung von Lehrpersonen und jungen Menschen für den entsprechenden Umgang und die Vermittlung einer kritisch-reflexiven Medienkompetenz, insbesondere in Hinblick auf die Sensibilisierung bezüglich diskriminierender Auswirkungen von KI-Systemen. Hierfür sind für Lehrpersonen entsprechende Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen einzurichten.

Um sicherzustellen, dass ethische Massstäbe, Datenschutz und Nachhaltigkeitsansprüche erfüllt werden, ist in den Erarbeitungsprozess der Strategie insbesondere die wissenschaftliche Expertise von relevanten Akteur*innen im Bereich der KI-Forschung und der Medienpädagogik einzubinden und für die diskriminierenden Auswirkungen von KI-Systemen zu sensibilisieren.

Mitteilung an den Stadtrat

2252. 2023/436

Postulat von Flurin Capaul (FDP) und Hans Dellenbach (FDP) vom 13.09.2023: Flexible Nutzung von Büroräumlichkeiten zu Wohnzwecken

Von Flurin Capaul (FDP) und Hans Dellenbach (FDP) ist am 13. September 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Büroräumlichkeiten flexibel zu Wohnzwecken genutzt werden können. Der Stadtrat soll darlegen, unter welchen Voraussetzungen dies möglich ist, welche Kriterien sinnvoll sind (z.B. minimale und maximale Dauer) und wie eine solche Änderung am besten eingeführt wird.

Begründung:

Die Nachfrage nach Wohnraum ist ungebrochen, die Nachfrage nach Büroräumen sinkt. Sowohl die Studie «Empty spaces and hybrid places» (Mc Kinsey Report, 13. Juli 2023) wie auch der «MarketView Snapshot Office Zurich Q2 2023» (CBRE, 26. Juli 2023) belegen dies und nennen als Treiber das Home Office (und dessen hybride Varianten). Wer heute grössere Büros besucht, stellt fest, dass viel Raum ungenutzt ist und die meisten Firmen zu hohe Bestände an Büroräumlichkeiten aufweisen. Parallel dazu ist die Leerwohnungsziffer rückläufig und beträgt aktuell noch 0.06% in der Stadt Zürich.

Sowohl der Wohnungs- wie auch der Büroräumlichkeitsmarkt unterliegen zyklischen Schwankungen. Dieser Vorstoss soll die Grundlage schaffen, dass es einfacher wird Büroräumlichkeiten zu Wohnzwecken umzunutzen und Schwankungen besser abzufedern. Eine umgenutzte Wohnmöglichkeit, darf auch einen einfacheren Standard aufweisen (z.B. Kochnische oder mit Etagedusche) und kann zeitlich beschränkt sein (z.B. auf 5 Jahre).

Mitteilung an den Stadtrat

2253. 2023/437

Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP) und Sabine Koch (FDP) vom 13.09.2023: Planung neuer Schulanlagen, Einhaltung eines Kostenrahmens von maximal 3 Millionen Franken pro Schulklasse

Von Yasmine Bourgeois (FDP) und Sabine Koch (FDP) ist am 13. September 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie zukünftig in der Stadt Zürich bei der Planung von neuen Schulanlagen, für maximal 3 Millionen Franken pro Schulklasse (angepasst an Inflation), budgetiert und gebaut werden darf. Es sei denn, es gäbe ausserordentliche Umstände aufgrund der Umgebung oder Ähnlichem.

Begründung:

Die Kosten neuer Schulanlagen sind in den vergangenen Jahren in der Stadt Zürich explodiert. Neue Schulanlagen kosten heute bis zu mehr als 4 Millionen Franken pro Schulklasse. Dass es günstiger geht, ohne dass dabei die Bildung zu kurz kommt, beweisen zahlreiche Beispiele aus anderen Gemeinden im Kanton Zürich, die beispielsweise mit 2.5 Millionen pro Klasse bestens funktionierende und bestens organisierte Schulanlagen erstellt haben.

Nicht nur – aber insbesondere - in den folgenden Bereichen sind Einsparungen möglich:

- Materialien
- Haustechnik
- Zertifizierungen
- Mehrfachverwendung von Räumen.

Mitteilung an den Stadtrat

2254. 2023/438

Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Tanja Maag Sturzenegger (AL) vom 13.09.2023:

Pilotprojekt für sogenannte «Freundschaft»-Bänke (Friendship benches) in verschiedenen Quartieren in Zusammenarbeit mit der Gesundheitsförderung Schweiz und Peer-Organisationen

Von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Tanja Maag Sturzenegger (AL) ist am 13. September 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit Gesundheitsförderung Schweiz und Peer-Organisationen im Rahmen eines Pilotprojekts sog. «Freundschaft»-Bänke (Friendship benches) in verschiedenen Quartieren aufgestellt, resp. geeignete Bänke in «Freundschaft»-Bänke umgewidmet werden können.

Begründung:

Psychische Störungsbilder sind in der Schweiz eine der am häufigsten auftretenden Krankheiten. Sie können in jeder Lebensphase und unabhängig vom sozioökonomischen Status auftreten. Umgekehrt wird die mentale Gesundheit von Einsamkeitsgefühlen, ein Problem, welches insbesondere Menschen in städtischen Umgebungen betrifft, beeinflusst. In den letzten Jahren hat ein grösseres gesellschaftliches Bewusstsein dazu geführt, dass Menschen psychische Probleme nicht mehr verschweigen, sondern darüber sprechen.

Diese neue Ära des Verständnisses für und der Akzeptanz von mentalen Gesundheitsdefiziten ist grundsätzlich zu begrüssen. Gleichzeitig stellen strukturelle Probleme in der psychiatrischen und psychotherapeutischen Gesundheitsversorgung eine grosse Herausforderung für die wirksame Behandlung der Bevölkerung. Die Wartelisten für diese Spezialist:innen sind entsprechend lang und problematisch.

Eine kostengünstiger und effizienter Weg, um einen niedrigen Zugang zur psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung zu ermöglichen, bieten sog. «Freundschaft»-Bänke (Friendship Benches). Diese evidenzbasierte Intervention, die in Simbabwe entwickelt wurde, zielt darauf ab, das psychische Wohlbefinden und die Lebensqualität durch den Einsatz von Problemlösungstherapien zu verbessern, die von geschulten Laienhelfer:innen durchgeführt werden. Im Rahmen von mehreren Gesprächen können diese Personen jene Menschen, die sich auf die Bänke setzen, beraten.

Im Rahmen seiner aktuellen Kampagne hat Gesundheitsförderung Schweiz die Idee der «Freundschaft»-Bänke aufgenommen und solche bereits in mehreren Kantonen aufgestellt. Gleichzeitig werden die Gemeinden darin unterstützt, das Umfeld bewegungs- und begegnungsfreundlicher zu gestalten. Die Stadt Zürich könnte sich dieser Initiative anschliessen und im Rahmen eines Pilotprojekts zusätzlich den Kontakt mit Peer-Organisationen aufnehmen, damit «Freundschaft»-Bänken von geschulten Laienhelfer:innen betrieben werden könnten.

Mitteilung an den Stadtrat

2255. 2023/439**Interpellation von Pascal Lamprecht (SP) und Përparim Avdili (FDP) vom 13.09.2023:****Attraktivität und Lebendigkeit der Zürcher Innenstadt, Einschätzung der Entwicklung in den letzten Jahren generell und der kundenorientierten Einkaufsgeschäfte im Perimeter Bahnhofstrasse, Beurteilung der Mietzins-Situation, der Leerstände und einer möglichen Flexibilisierung der Öffnungszeiten sowie Massnahmen für eine Attraktivitätssteigerung der Innenstadt**

Von Pascal Lamprecht (SP) und Përparim Avdili (FDP) ist am 13. September 2023 folgende Interpellation eingereicht worden:

Die Bahnhofstrasse als Prachtstrasse und ihre angrenzenden Strassenzüge bilden das Herzstück der Stadt Zürich. - Wie schon immer, verändert sich auch die Bahnhofstrasse weiter: Traditionsunternehmen verschwinden, internationale Unternehmen dominieren zunehmend das Bild. Es kann befürchtet werden, die Gegend veröde oder zumindest austauschbar mit anderen Einkaufsmeilen diverser Metropolen wird. Dahingehend stellen sich Fragen bezüglich der Attraktivität und Lebendigkeit der Zürcher Innenstadt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie schätzt der Stadtrat die Entwicklung der Zürcher Innenstadt in den letzten Jahren ein?
2. Wie entwickeln sich die kundenorientierten Einkaufsgeschäfte im Perimeter Bahnhofstrasse aus Sicht des Stadtrates?
3. Welches sind für den Stadtrat die hauptsächlichen Ursachen für diese Entwicklung?
4. Wie sieht die Mietzins-Situation im gesamten Perimeter aus? Sind die Mietzinse für Einzelgeschäfte tragbar? Falls diese nicht tragbar sind: Welche Massnahmen sieht der Stadtrat vor, um die Mietzins-situation zu entschärfen? Sind Mietzins-Zuschüsse ein wirksames, finanzierbares und ordnungspolitisches sinnvolles Mittel?
5. Wie viele Leerstände (ohne Bauprojekte) sind dem Stadtrat im Perimeter Bahnhofstrasse und den angrenzenden Strassenzügen im kundenorientierten Gewerbebereich bekannt?
6. Wie beurteilt der Stadtrat eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten, bis hin zu Sonntagsöffnungszeiten, als Massnahme hin zu einer lebendigeren Bahnhofstrasse (beispielsweise im Rahmen einer sog. Tourismus-Zone Zürich)? Welches sind aus Sicht des Stadtrats die positiven und negativen Effekte für
 - a. die Konsumentinnen und Konsumenten, Touristinnen und Touristen, Flanierenden an der Bahnhofstrasse?
 - b. die kleineren Unternehmungen einerseits und die grösseren Unternehmungen andererseits hinsichtlich Umsatz und zusätzlichen Aufwendungen?
 - c. die Mitarbeitenden der betroffenen Geschäfte?
7. Die digitale Konkurrenz macht dem stationären Detailhandel das Leben schwer. Sieht der Stadtrat Möglichkeiten, gerade auch für Geschäfte an der Bahnhofstrasse, diesen Trend zu mindern oder an der Bahnhofstrasse anderweitige Nutzungen zu fördern? Ist der Einkaufstourismus für die eine vielfältige Innenstadt positiv und/oder welche anderen Freizeitangebote können gemäss Stadtrat das Zentrum attraktiver machen?
8. Welche richtplanerischen und städtebaulichen Massnahmen (Beispiele: Ortsbildschutz, Zonenänderungen, Sonderbauvorschriften, Gestaltungspläne, Tourismuszonen etc.) erachtet der Stadtrat als geeignet oder hindernd um zu einer attraktiven Innenstadt beizutragen?
9. Wie beurteilt der Stadtrat die gesamte verkehrliche Situation? Welche Massnahmen sind derzeit geplant?

Mitteilung an den Stadtrat

Die vier Postulate und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

2256. 2023/440**Schriftliche Anfrage der GLP-Fraktion vom 13.09.2023:****Abgabe von Baurechten an gemeinnützige Bauträger, quantitative Einordnung der abgegebenen Baurechte, Zuordnung der Grundstücke in das Finanz- oder Verwaltungsvermögen, erwartete Heimfälle und angestrebte Verlängerungen sowie Strategie zum Umgang mit bestehenden und künftigen Baurechten**

Von der GLP-Fraktion ist am 13. September 2023 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Hinlänglich bekannt ist, dass die Stadt Zürich Baurechte an gemeinnützige Bauträger abgibt. Im Rahmen des Geschäfts GR Nr. 2023/202 Immobilien Stadt Zürich, Rütistrasse 17/19, Schlieren, wurde zudem verdeutlicht, dass die Stadt auch im Gewerbebereich Baurechte vergibt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Es wird um eine quantitative tabellarische Einordnung gebeten: Wie viele Grundstücke hat die Stadt aktuell im Baurecht abgegeben? Wie gross sind die jeweiligen Stücke? Wie viele davon betreffen Wohnsiedlungen, wie viele Gewerbeliegenschaften? Wie viele liegen auf Stadtgebiet und wie viel ausserhalb? Wie viele davon werden von der Stadt wieder zurückgemietet? Wann laufen die Baurechte aus?
2. Betreffen die Baurechte ausschliesslich Grundstücke im Finanzvermögen oder auch im Verwaltungsvermögen? Falls auch Grundstücke des Verwaltungsvermögens betroffen sind: Um welche Grundstücke handelt es sich? Wie wird dies begründet?
3. Wie viele zusammenhängende Baurechtsgrundstücke gibt es? Ist bei zusammenhängenden Grundstücken sichergestellt, dass die Vertragsdauern zeitlich koordiniert sind und damit der Heimfall gleichzeitig erfolgen könnte? Falls nein, wird eine Harmonisierung angestrebt?
4. In den nächsten Jahren laufen einige Baurechtsverträge ab. Sind Heimfälle zu erwarten? Werden Verlängerungen angestrebt?
5. Gibt es eine städtische Strategie zum Umgang mit den bestehenden und zukünftig zu vergebenden Baurechten? Wie sieht die zukünftige Strategie aus?

Mitteilung an den Stadtrat

2257. 2023/441**Schriftliche Anfrage von Deborah Wettstein (FDP) und Përparim Avdili (FDP) vom 13.09.2023:****Initiative «Race to Zero» des World Economic Forum (WEF), Motivation zur Teilnahme an der Initiative, Kostenfolgen, geplante Umsetzungsschritte bis 2030, rechtliche Voraussetzungen und Einbezug des Gemeinderats sowie Konsequenzen bei Nichterreicherung der Ziele**

Von Deborah Wettstein (FDP) und Përparim Avdili (FDP) ist am 13. September 2023 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das World Economic Forum (WEF) treibt eine Initiative voran, die grosse Einschränkungen beinhaltet. Der Konsum der Zukunft in den (Gross-)Städten im Kontext der Klimaerwärmung soll massiv reduziert werden. Der Initiative haben sich verschiedene Städte angeschlossen, in der Schweiz sind dies Lausanne, Genf und Zürich. Unter dem Motto "Race to Zero" sollen unter anderem die Ziele «null kg Fleisch, null kg Milchprodukte, null private Fahrzeuge» erreicht werden. Aus dem Bericht der Initiative gehen detaillierte Zielvorgaben hervor. So sollen beispielsweise bis 2030 die Bewohner nur noch drei neue Kleidungsstücke pro Jahr kaufen und maximal alle drei Jahre einen Kurzstreckenflug unternehmen dürfen. Völlig unklar bleibt hingegen, wie diese sogenannten «Konsuminterventionen», zu denen sich die teilnehmenden Städte verpflichten, demokratisch legitimiert und rechtstaatlich umsetzbar sein sollen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was ist die Motivation des Stadtrats an dieser Initiative bzw. diesem Projekt teilzunehmen?
2. Ist die Teilnahme an der Initiative mit Kosten verbunden? Welche Kostenfolgen wurden für das gesamte Projekt veranschlagt?
3. Welche einzelnen Umsetzungsschritte sind bis 2030 geplant?
4. Wurde abgeklärt, welche Voraussetzungen aus rechtlicher Sicht erforderlich sind, um sich als Stadt den Zielen verpflichten zu können? Per wann war geplant, den Gemeinderat zu konsultieren?
5. Was geschieht, wenn die Stadt Zürich die Ziele nicht einhalten kann? Ist das Nicht-Erreichen von Zielen mit Konsequenzen für die teilnehmende Stadt verbunden?
6. Falls die «Commitments» nicht verpflichtend sind, welcher Nutzen verspricht sich der Stadtrat mit der Teilnahme?

Mitteilung an den Stadtrat

2258. 2023/442

Schriftliche Anfrage von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 13.09.2023:

Radonkonzentrationen in Schulgebäuden, durchgeführte Messungen, Kriterien zur Auswahl der Schulgebäude, Information der Beteiligten über die Messungen und die Ergebnisse, überschrittene Referenzwerte und angeordnete Sanierungen sowie Massnahmen hinsichtlich einer Radonkonzentration deutlich unter dem Referenzwert

Von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) ist am 13. September 2023 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Radon ist ein unsichtbares, geruchloses, radioaktives Gas, das Krebs verursachen kann. Es entsteht aus dem Boden und zerfällt kontinuierlich. Daher ist in der eidgenössischen Strahlenschutzverordnung ein Radonreferenzwert von 300 Bq/m³ festgelegt – für Räume, in denen sich Personen regelmässig während mehrerer Stunden pro Tag aufhalten (Art. 155 StSV). In Art. 166 StSV ist festgehalten: «Wird bei einer Schule oder einem Kindergarten festgestellt, dass der Referenzwert überschritten wird, so ordnet der Kanton innert dreier Jahre ab Feststellung die Radonsanierung an». Der Gesetzgeber ist sich also durchaus bewusst, dass Radon in der Luft ein Gesundheitsrisiko, insbesondere für Kinder darstellt.

In der Stadt Zürich wurden in den letzten Jahren in verschiedenen Schulhäusern erhöhte Radonkonzentrationen festgestellt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. In wie vielen städtischen Schulgebäuden (Schulhäuser, Hortgebäude, Sporthallen, Kindergärten) wurden in den letzten 10 Jahren Radon-Messungen durchgeführt? Wir bitten um separate Angaben für jede Kategorie von Gebäuden. Wie viele Schulen (Schuleinheiten) waren durch die Radonmessungen betroffen?
2. Nach welchen Kriterien wurden diese Schulen und Schulgebäude ausgewählt?
3. Wurden alle am Schulleben Beteiligten (Schulleitung, Schulteam, Schüler*innen, Eltern usw.) über die geplanten Messungen im Voraus informiert? Auf welchen Kanälen wurde informiert?
4. Wurden alle am Schulleben Beteiligten im Nachhinein über die Messergebnisse und ihre Bedeutung informiert? In welcher Form wurden sie informiert?
5. In wie vielen Schulen und in wie vielen Schulgebäuden wurde der Radonreferenzwert in mindestens einem Raum überschritten?
6. Hat der Kanton Zürich für diese Schulen die Radonsanierung bereits angeordnet? Wenn ja, mit welchen Fristen?
7. In wie vielen Schulen bzw. Schulgebäuden wurden Radonsanierungen bereits durchgeführt? In wie vielen sind Radonsanierungen in den nächsten drei Jahren geplant? Wir bitten um separate Angaben für jede Kategorie von Gebäuden, wir bitten auch um Angabe des jeweiligen Sanierungsjahres.
8. Wurde jeweils mit erneuten Messungen überprüft, ob die Sanierung erfolgreich durchgeführt wurde? Wenn ja: Wie viele Monate oder Jahre nach der Sanierung wurden diese Kontrollmessungen durchgeführt?

9. Seit wann ist dem Stadtrat und der Schulpflege bekannt, dass in einigen städtischen Schulhäusern zu hohe Radonkonzentrationen bestehen?
10. Welche Massnahmen trifft der Stadtrat, damit in Zukunft gewährleistet ist, dass in allen städtischen Schulgebäuden die Radonkonzentration deutlich unter dem Referenzwert liegt?

Mitteilung an den Stadtrat

2259. 2023/443

**Schriftliche Anfrage von Sven Sobernheim (GLP) vom 13.09.2023:
Baugesuch der Stadt Zürich an der Förrlibuckstrasse, Hintergründe zum Antrag betreffend die Befreiung von der Begrüpfungspflicht, Behördenverbindlichkeit der Fachplanung Hitzeminderung für die Stadt und Massnahmen zur Umsetzung sowie definitiv ausgewiesene Freifläche**

Von Sven Sobernheim (GLP) ist am 13. September 2023 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 23.02.2022 publizierte die Stadt Zürich ein Baugesuch an der Förrlibuckstrasse 59, 61 mit dem Titel «Abänderungspläne zu BE 941/19 und Ausnahmegesuch bezüglich Anzahl Autoabstellplätze und Befreiung von Begrüpfungspflicht». Die Bauherrschaft ist die Stadt Zürich selbst. Die Stadt Zürich, welche am 31.03.2021 die behördenverbindliche Fachplanung Hitzeminderung beschlossen hat und dies in einem Gebiet mit einer hohen nächtlichen Überwärmung.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wer (Amt, Zuständigkeit) hat den Antrag auf Ausnahmegewilligung für den Verzicht auf die Begrüpfung gestellt?
2. Gibt es Bereiche in der Stadtverwaltung für welche die Fachplanung Hitzeminderung nicht behördenverbindlich ist? Wenn ja, wieso? Wenn Nein, wieso wurde ein solcher Antrag gestellt?
3. Gemäss Bauentscheid 1140/22 vom 17.5.2022 musste das Amt für Baubewilligungen das Amt für Hochbauten auffordern da dieses ohne Baufreigabe mit den Arbeiten begonnen wurde. Wie häufig kommt es vor, dass die Stadt sich selbst auffordern muss (Liste Fälle pro Jahr seit 2018)?
4. Gemäss BZO wäre auf diesem Grundstück eine Freiflächenziffer von 30% gefordert. Wie gross ist die nun definitiv ausgewiesene Freifläche und wie viel davon ist ökologisch wertvoll und / oder Hitzemindernd ausgestaltet?
5. Ist der Stadtrat der Meinung, dass beim vorliegenden Umbau die Massnahmen gemäss Fachplanung Hitzeminderung vollständig genutzt wurden? Wenn Ja, welche Massnahmen wurden alle umgesetzt? Wenn Nein, warum wurde dieses Potential verschenkt und auf welche Massnahmen wurde verzichtet?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s s e n

2260. 2022/158

Wahl eines Mitglieds in die SK HBD/SE nach Rücktritt von Nicole Giger (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2024

Es wird gewählt (Zirkularbeschluss der Geschäftsleitung vom 12. September 2023):

Angelica Eichenberger (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

2261. 2023/355

Dringliche Schriftliche Anfrage von Moritz Bögli (AL), Lisa Diggelmann (SP) und 30 Mitunterzeichnenden vom 05.07.2023:

Besetzung der ehemaligen Post am Wipkingerplatz, Kontakte für eine Neunutzung oder Kauf der Liegenschaft, grundsätzliche Optionen zur Übernahme von Postgebäuden im Rahmen der Immobilienstrategie der Post, Nutzungsmöglichkeiten für das Areal und Wirkungen des Grundbucheintrags sowie Berücksichtigung der Bedürfnisse des Quartiervereins und der Bevölkerung

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 2399/2023 vom 30. August 2023).

2262. 2023/219

Schriftliche Anfrage von Yasmine Bourgeois (FDP) und Përparim Avdili (FDP) vom 19.04.2023:

Neues Unterrichtsmaterial zu den kolonialen Verstrickungen Zürichs, Hintergründe zur Auftragserteilung, weitere Pläne zur Herausgabe eines Unterrichtsmaterials und Vereinbarkeit mit dem verfassungsrechtlichen Gebot der politischen Neutralität der Volksschule sowie Stellungnahme zu den Begriffen «Rassismus» oder «weiss» im Glossar ohne Quellenangabe

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2370/2023 vom 30. August 2023).

2263. 2023/230

Schriftliche Anfrage von Moritz Bögli (AL), Tiba Ponnuthurai (SP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 10.05.2023:

Polizeieinsatz am 1. Mai 2023, Film- und Fotoaufnahmen der Personen auf dem Festareal, Beurteilung der Rechtmässigkeit und Verhältnismässigkeit, Verwendung der Aufnahmen sowie Angaben zu den Personenkontrollen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2375/2023 vom 30. August 2023).

2264. 2023/231

Schriftliche Anfrage von Moritz Bögli (AL) und Luca Maggi (Grüne) vom 10.05.2023:

Polizeieinsatz am 1. Mai 2023, Einsatzdispositiv der Polizei, Vereinbarungen und Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei, Hintergründe zum konkreten Vorgehen und der Verwendung der gewählten Einsatzmittel sowie Haltung zu einer unabhängigen Ombudsstelle für Personen, die sich bei polizeilichen Einsätzen mit Gewalt oder missbräuchlichem Verhalten konfrontiert sehen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2374/2023 vom 30. August 2023).

2265. 2023/247

Schriftliche Anfrage von Flurin Capaul (FDP) und Niyazi Erdem (SP) vom 24.05.2023:

Events auf dem Friedhof Sihlfeld, geplante Aktivitäten und Anlässe, Kriterien für die Durchführung, Beurteilung dieser Events vor dem Hintergrund der denkmalgeschützten Nutzung und der Freihaltezone sowie Budget und Ausgaben für die Events auf allen Friedhöfen der Stadt

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2373/2023 vom 30. August 2023).

2266. 2023/272

Schriftliche Anfrage von Flurin Capaul (FDP) und Barbara Wiesmann (SP) vom 31.05.2023:

Ersatzbeschaffung für die Betriebsgruppenlösung «safely», Kosten für die Einführung und den Betrieb von «safely», stadtweite Standards, Notwendigkeit der Ersatzbeschaffung und Business Case für das Projekt und die Ersatzbeschaffung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2376/2023 vom 30. August 2023).

2267. 2022/454

Weisung vom 21.09.2022:

Human Resources Management, Teilrevision des Personalrechts betreffend Fringe Benefits (Lohnnebenleistungen)

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 21. Juni 2023 ist am 28. August 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 13. September 2023.

2268. 2023/17

Weisung vom 18.01.2023:

Immobilien Stadt Zürich, Diensthunde-Kompetenz-Zentrum Gänziloo, Umbau und Instandsetzung, neue einmalige Ausgaben

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 21. Juni 2023 ist am 26. August 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 13. September 2023.

Nächste Sitzung: 20. September 2023, 17.00 Uhr